

Die Strategie gegen die Clans geht auf

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

Häufig wird bei Razzien anschließend von einem harten Schlag gegen das Verbrechen gesprochen. Das ist eine Formulierung, die beinahe schon inflationär Verwendung findet, die für die großangelegte Durchsuchungsmaßnahme der Polizei am Dienstag in Nordrhein-Westfalen aber zutreffend ist. Denn dieses Mal wurde ein großer Clan dort getroffen, wo es ihm am meisten wehtut: am Geldbeutel – und das massiv. Eine Millionen-Villa und hohe Geldbeträge wurden beschlagnahmt, vier Personen kamen in Haft, darunter ein Familienoberhaupt.

Die Aktion zeigt, wie wichtig akribische und kontinuierliche Ermittlungsarbeit ist; dass sich langer Atem auszahlt. Denn seit rund drei Jahren steht die nordrhein-westfälische Polizei den Clans buchstäblich auf den Füßen, setzt sie mit einer Taktik permanenter Nadelstiche unter Druck und drängt sie in die Defensive. Bei den vielen Razzien und Durchsuchungen der vergangenen Jahre konnten und können immer wieder wichtige neue Erkenntnisse gesammelt werden, die zu Fahndungserfolgen wie diesen führen.

Anders als noch vor einigen Jahren können sich Clans in NRW nicht mehr sicher vor der Polizei und dem Staat fühlen. Bis dahin tanzten sie den Behörden mehr oder weniger auf der Nase herum, konnten schalten und walten, wie sie wollten. Dass das nicht mehr so ist, ist einem Kurswechsel in der Landespolitik zu verdanken, die zuvor jahrelang weggeschaut und das Clan-Problem kleingeredet hat. Dass die Macht der Clans bröckelt, zeigen auch die Festnahmen jetzt in Leverkusen. Die Polizei muss nun ihren eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen – auch wenn das noch viele Jahre harter Ermittlungsarbeit bedeutet. Aber dann kann es tatsächlich gelingen, die Macht der Clans im Land eines Tages zu brechen.

BERICHT SCHLAG GEGEN CLAN IM RHEINLAND, TITELSEITE

Baerbocks Stückelei ist unprofessionell

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

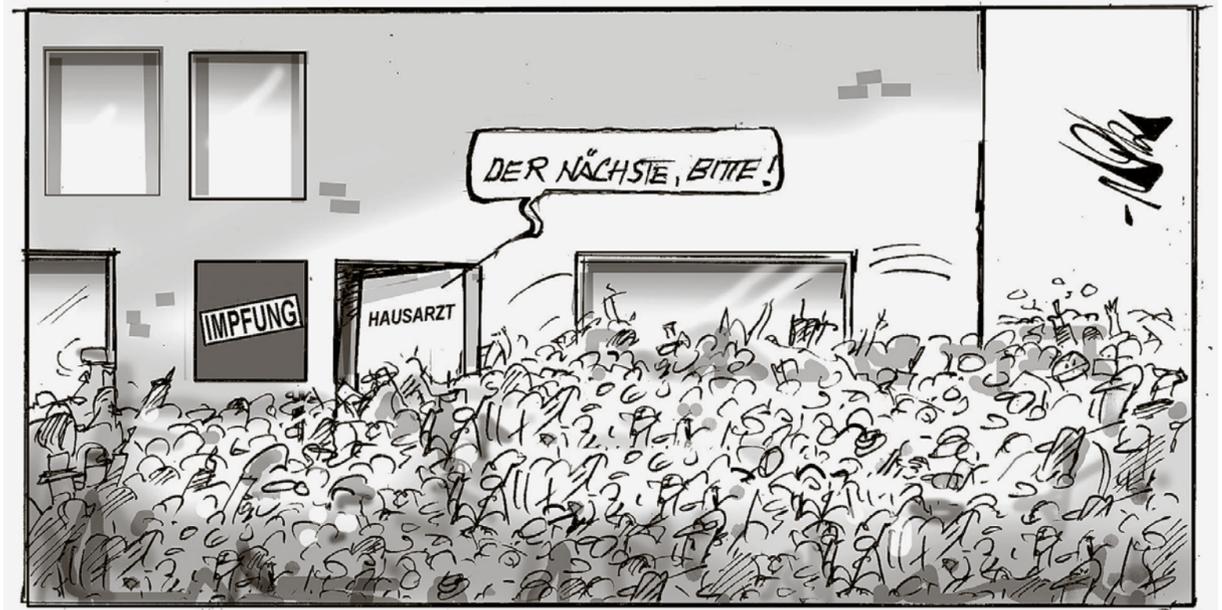
Was sich Grünen-Chef Robert Habeck wohl so gedacht hat, als er am Montag nach der Wahl in Sachsen-Anhalt einräumen musste, dass die letzten drei Wochen vielleicht kein Rückenwind gewesen seien für den Landesverband? Er sprach von „Unzulänglichkeiten und kleinen Fehlern“ – und bezog das auf die Grünen im Bund. Angesprochen auf Änderungen am Lebenslauf der Ko-Vorsitzenden Annalena Baerbock, antwortete Habeck knapp, er gehe davon aus, dass die Präzisierung im Lebenslauf „jetzt erfolgt sind“.

Bereits am Samstag mussten die Grünen jedoch den Lebenslauf ihrer Kanzlerkandidatin erneut ändern. Diesmal ging es um den genauen Ort einer Tätigkeit. Angegeben war, dass Baerbock als Büroleiterin der Europaabgeordneten Elisabeth Schroedter zwischen 2005 und 2008 in Brüssel tätig war. Dort arbeitete sie aber überwiegend erst ab Sommer 2007. Zuvor hatte Baerbock bereits andere Details ihres Werdegangs auf ihrer persönlichen Website präzisiert. Es sind für sich genommen Kleinigkeiten, eine unpräzise Angabe hier, eine ungenaue Zuschreibung dort.

Und doch: Diese Stückelei am Lebenslauf ist ungeschickt und unprofessionell. Und hinterlässt die Ahnung einer Politikerin, die sich – unnötigerweise – immer etwas größer machen will, als es die Fakten hergeben. Außerdem lässt es auf ein Team hinter ihr schließen, das den Laden nicht vollständig im Griff hat. Beides nicht hilfreich, wenn man Kanzlerin werden will. Annalena Baerbock ist eine erfolgreiche Politikerin, die bereits viel erreicht hat. Schönfärberei hat sie nicht nötig. Warum nicht bei den ersten Auffälligkeiten der Lebenslauf auf Herz und Nieren geprüft wurde, ist ein Rätsel. Nach einigen weiteren Kommunikationspannen liegt nun zumindest ein Schatten auf Baerbocks Kandidatur.

BERICHT DER LAUF DES LEBENS, POLITIK

Impressum RP



WARTERAUM

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

MEINUNG Wenn die Babyboomer in den Ruhestand gehen, bekommt die Rentenkasse ein Problem. Entweder muss die Rente gekürzt, der Steuerzuschuss aufgepumpt oder länger gearbeitet werden. Die Frage ist, wie man das organisiert.

Die Rente mit 68 ist erst der Anfang

VON ANTJE HÖNING

In den vergangenen Wochen ging es um Sonderzahlungen und Lebensläufe, jetzt kommt der Wahlkampf endlich bei den wichtigen Themen an: der Rentenpolitik. Den Aufschlag macht der Wissenschaftliche Beirat bei Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Das Gremium warnte vor einem Finanzierungsschock der Rentenversicherung und fordert eine längere Lebensarbeitszeit, konkret: die Rente mit 68. SPD und Gewerkschaftsbund reagierten empört. Auch Altmaier distanzierte sich. Wissenschaft oder Politik – wer hat recht?

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz sprach von einem Horrarszenario, das dazu dienen solle, „Rentenkürzungen durchzusetzen, für die es in dieser Zeit keinen Anlass gibt“. Tatsächlich haben Senioren Jahre ordentlicher Erhöhungen hinter sich, und die eigentlich nötige Rentenkürzung zum 1. Juli wird durch die Rentengarantie verhindert. Das ändert aber nichts an den strukturellen Problemen: Die Zahl der Rentner steigt kräftig, wenn die Babyboomer-Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Zugleich haben diese zu wenig Nachwuchs, sodass die Zahl der Beitragszahler sinkt.

„Die finanzielle Schieflage der gesetzlichen Rentenversicherung ist lange bekannt und in den vergangenen Legislaturperioden durch die Mütterrente, die Rente mit 63 und die Grundrente immer weiter verschlechtert worden. Die Projektionen haben sich im Grundsatz in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht verändert: Ab 2025 wird es zunehmend problematisch“, sagte Lars Feld, Freiburger Ökonom und bis Februar Chef der Wirtschaftsweisen. „Ein unverzichtbarer Bestandteil einer Lösung des Problems liegt in der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters nach 2031 auf über 67 Jahre. Dies

geschieht am besten regelgebunden durch Verknüpfung mit der ferneren Lebenserwartung, wie es andere Länder bereits vormachen“, so Feld.

Theoretisch gibt es noch andere Möglichkeiten, um das klaffende Loch in der Rentenkasse zu stopfen: erstens durch kräftige Beitragserhöhungen. Das würde Arbeitnehmer und Betriebe stark belasten. Schon jetzt machen die Sozialabgaben rund 40 Prozent des Bruttolohns aus. Zweitens könnte der Staat den Steuerzuschuss kräftig erhöhen. Aktuell zahlt er 72 Milliarden Euro im Jahr an die Rentenversicherung. Doch auch das wäre Politik zulasten der Kinder und wäre kaum mit der neuen Marschroute des Verfassungsgerichts zu vereinbaren, die aus dem Klima-Urteil herauszulesen ist, wonach heutige Generationen nicht zulasten der künftigen leben dürfen. Drittens könnte das Loch durch eine dramatische Kürzung des künftigen Rentenniveaus gestopft werden. Das trauen sich aber weder Scholz noch Altmaier.

Im Gegenteil, aus Sorge vor Renten-Schlagzeilen spricht der Finanzminister den Experten die Expertise ab: „Das ist nicht nur falsch gerechnet. Das ist auch unsozial, was dort vorgeschlagen wird“, sagte Scholz. Feld weist Scholz' Kritik an den Beiratskollegen mit klaren Worten zurück: „Diese Sachlage wurde wiederholt von den Wissenschaftlichen Beiräten beim Bundeswirtschafts- und -finanzministerium sowie vom Sachverständigenrat herausgestellt. Den wichtigsten unabhängigen wirtschaftspolitischen Beratungsgremien in Deutschland Sachkenntnis und Expertise absprechen zu wollen, ist hanebüchen, wissenschaftsfeindlich und nur durch Klientelpolitik zu verstehen.“ Feld betonte: „Die gefällige Meinung, dass die gesetzliche Rentenversicherung kein Problem hat, bieten allenfalls noch die Gewerkschaftsinstitute.“

INFO

Im Schnitt geht es mit 64 Jahren in den Ruhestand

Das Problem Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wird ohne Reformen von aktuell 18,6 Prozent bis auf 23,6 Prozent im Jahr 2060 klettern, wie es in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft heißt. Und zwar ohne dass Rentner profitieren: Das Rentenniveau wird zugleich von 49,4 Prozent auf 44,4 Prozent sinken. Das Rentenniveau gibt das Verhältnis zwischen der Durchschnittsrente (nach 45 Beitragsjahren) und dem Durchschnittslohn an. Im gleichen Zeitraum muss auch noch die Summe der Steuerzuschüsse von 72 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2060 steigen. Das zeigt, wie groß das Loch künftig in der Rentenkasse ist.

Gesetzliches Renteneintrittsalter

Dieses wird von einst 65 Jahren bis 2031 auf 67 Jahre erhöht. Wer früher in den Ruhestand gehen will, muss Abschläge von 3,6 Prozent pro Jahr hinnehmen. So hatte es die große Koalition einst beschlossen.

Tatsächliches Renteneintrittsalter

Es ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Doch noch immer gehen viele Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand: Männer im Schnitt mit 64,0 Jahren und Frauen mit 64,1 Jahren.



Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU, l.) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD).

FOTO: DPA

Die Wirtschaftsweisen haben schon früh ein Modell ausgearbeitet, wie eine Reform funktionieren könnte. Auch sie schlagen die Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung vor: „Jedes weitere Jahr hinzugewonnener Lebenserwartung könnte in einem festen Verhältnis auf die Rentenbezugsphase und die Erwerbsphase aufgeteilt werden. Eine Möglichkeit wäre eine Aufteilung von einem Drittel der Zeit auf die Rentenbezugsphase und von zwei Dritteln auf die Erwerbsphase.“ Dann wäre man 2042 bei 68 Jahren als Renteneintrittsalter. Das stellt die Arbeitswelt vor Herausforderungen. Keiner verlangt, dass ein Dachdecker mit 67 noch auf dem Dach steht. Er kann aber andere Tätigkeiten übernehmen. Die Wirtschaftsweisen fordern daher, Weiterbildung, präventive und rehabilitative Maßnahmen anzubieten, um Beschäftigung im Alter zu ermöglichen.

Auch die Arbeitgeberverbände (BDA) machen Druck auf die Politik. Man habe schon 2020 vor der Gefahr explodierender Beiträge gewarnt und Vorschläge für alle Sozialversicherungssysteme gemacht, die es ermöglichen, die 40-Prozent-Grenze bei den Sozialbeiträgen einzuhalten. „Wir brauchen dringend die Rückkehr zur alten Rentenformel mit Nachhol- und Nachhaltigkeitsfaktor“, erklärte die BDA. Diese beiden Faktoren würden den Rentenanstieg in den nächsten Jahren bremsen. Allerdings reicht das nicht aus, um die grundlegenden Probleme zu lösen.

Doch Altmaier ist ähnlich feige wie Scholz und will das wichtige Thema nicht vor der Bundestagswahl anpacken, bei der über 60-Jährige die größte Wählergruppe sind. Dabei würde eine Anhebung des Rentenalters diese Wähler nicht mehr treffen. Das Rentenalter sei in der großen Koalition (2005–2009) „auf Vorschlag des geschätzten Kollegen“ Franz Müntefering (SPD) auf 67 festgesetzt worden, erklärte Altmaier. „Dabei sollte es bleiben.“ Wer aber die Renten nach 2025 bezahlen soll, sagen Altmaier und Scholz nicht.

WISSENSDRANG

Der brutale Vernichtungszug gegen die Herero und Nama im Anschluss an ihre Aufstände gegen die deutsche Kolonialmacht im damaligen Deutsch-Südwestafrika ist nach 115 Jahren von der Bundesregierung als Völkermord anerkannt worden. Das wurde auch Zeit, nachdem der Bundestag vor einigen Jahren den erhobenen Zeigefinger lieber auf die Türkei gerichtet hatte, die bis heute ihre auf Vernichtung zielende Vertreibung und Tötung der Armenier in den Jahren 1915/16 nicht als Völkermord anerkennt. Damit verweigert sich die Türkei der sich in den letzten 50 Jahren rasant entwickelnden neuen internationalen Praxis der Wiedergutmachung von Staaten gegenüber den Nachkommen von Bevölkerungen, die in der Vergan-

Die Rückkehr der Sünde

Verbrechen müssen wiedergutmacht werden. Aber nicht durch Autoaggression.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

genheit Opfer organisierter Verbrechen im Namen von Vorgängerregierungen oder -staaten geworden sind. Auch Verbrechen gegenüber den Ureinwohnern in Australien, in den Vereinigten Staaten und Kanada stehen heute im Fokus von Verhandlungen über kollektive Schuld und Wiedergutmachung. Diese Praxis folgt einer uralten und universalen Logik, die Beziehungen zwischen gleichberechtigten Partnern regelt: Verbrechen müssen wiedergutmacht werden – durch Entschädigung und Anerkennung des Unrechts. Diese Anerkennung vergangener Schuld ist nicht mit der Neigung zu kollektiver kultureller Autoaggression zu verwechseln, die neuerdings in den westlichen Nationen zu Attacken gegen bisher verehrte Klassiker

als mutmaßliche Rassisten oder Nutznießer des Kolonialismus führt und sich in den USA als Gefühl der moralischen Befleckung durch die angeborene weiße Hautfarbe äußert. Sie wirkt wie die Wiederkehr einer ins Mittelalter zurückreichenden Vorstellung von Schuld als Sünde, als innere Perversion, die Buße und eine innere Verwandlung verlangt. Da viele von uns jedoch nicht mehr auf Gott als Erlöser vertrauen, sollten wir lieber darauf verzichten, uns jammern und schimpfen in diesen Sünden zu wälzen – denn aus eigener Kraft können wir uns hier nicht erlösen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.